

**ANFRAGE** von Marcel Burlet (SP, Regensdorf), Peter Schulthess (SP, Stäfa) und Rosmarie Joss (SP, Dietikon)

betreffend Geschäftsbeziehungen des Kantons Zürich mit der UBS und CS überdenken

---

Erst kürzlich mit Milliarden Franken des Staates gerettet, nun bereits wieder überheblich und arrogant gegenüber der Gesellschaft. Die Grossbanken UBS und CS verhalten sich gegenüber der Öffentlichkeit schockierend:

Die überrissenen Löhne der Topkader (der CEO der CS hat zum Beispiel letztes Jahr 91 Mio. Franken bezogen) und die extreme Lohnschere (bei der UBS verdient die am schlechtest bezahlte Angestellte über 200 mal weniger als der oberste Chef) gefährden den sozialen Frieden und sind für Standort Schweiz schädlich. Die beiden Grossbanken verweigern zudem nach wie vor eine vernünftige Weissgeldstrategie. Eine solche Haltung ist zu verurteilen und verlangt ein Überdenken der bisherigen Geschäftsbeziehungen.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zu den exorbitanten Entschädigungen des Topkaders und sieht er diese - auch im Vergleich zu seinen eigenen Gehältern - als angemessen?
2. Welche geschäftlichen und anderweitigen Beziehungen bestehen zwischen dem Kanton Zürich und der UBS und der CS? Kann der Regierungsrat das finanzielle Volumen angeben?
3. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass er mit seinen Geschäftsbeziehungen dazu beiträgt, dass mit Steuermitteln solche abstrusen Bonipraktiken unterstützt werden?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sämtliche Geschäftsbeziehungen des Kantons mit diesen beiden Grossbanken UBS und CS zu beenden?

Marcel Burlet  
Peter Schulthess  
Rosmarie Joss